



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kulturgütern und unter Gefährdung der politischen Existenz Deutschlands. Wir halten die Revolutionsgefahr nicht für so drohend, etwas weit schlimmeres könnte uns eben so leicht bevorstehen, nämlich daß es weder zur Revolution noch zur Reform kommen, sondern daß die kurzfristige Selbstsucht der herrschenden Klassen vorläufig siegen, das Volk verkümmern und verdummen, und das Vaterland schließlich ein Opfer von Kosaken- und Mongolenhorden werden könnte, und daß nach diesem letzten Jena kein Volk mehr übrig sein möchte, das, wie 1813, den König wider seinen Willen retten könnte; aber wir haben nichts dagegen, wenn Massow mit seinen Schilderungen den herrschenden Klassen einen heilsamen Schrecken einjagt, vorausgesetzt, daß sich dieser nicht in unsinnige Polizeichikanen, sondern in Reformen umsetzt.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Mauerung der Sozialdemokratie. An solchen schönen Sommertagen mit prachtvoller Aussicht, wo der starke Wassergehalt der Luft wie ein System von KrySTALLlinsen wirkt, begegnet es dem unerfahrenen Fußwandler wohl, daß er von einer Höhe herab sein Ziel unmittelbar zu seinen Füßen liegen sieht und, die seitwärts abbiegende Straße verlassend, gerade darauf zuschreitet; zu spät wird er dann seinen Irrtum gewahr, wenn er in dem Gewir von Klüften herunterklettert, in die sich der scheinbar platte Abhang auflöst, oder in den Dörfern und Wäldern, die ihm als ein schmaler Thalfreien erschienen. Eine ähnliche Enttäuschung erleben alle Weltverbesserer, wenn sie, ihren einfachen Plan im Kopf, in das Gewir des wirklichen Lebens hineinsteigen. Die deutschen Sozialdemokraten haben sie sogar schon vor Beginn der beabsichtigten Umwandlung erlebt, bei der Sammlung der Scharen, die die Aufgabe dereinst lösen sollten. Früher als es im Interesse des Gemeinwohls wünschenswert scheint, sagten wir in Nr. 44, beginne die Illusion zu zerfließen, und rascher und gründlicher ist sie zerfloßen, als wir vor drei Wochen ahnen konnten. Wenn Bebel in den Arminshallen sagt: „Mir ist eine kleine Zahl zielbewußter und klassenbewußter Genossen viel lieber, als eine große Schar von Anhängern, die nicht wissen, was sie wollen und was die Sozialdemokratie will,“ so hat er damit für seinen Gesellschaftsneubau schon vor Erwerb des Baugrundes den Konkurs angemeldet, ist also den Berliner Bauunternehmern noch bedeutend über. Für das Jahr 1897, wenn wir uns recht erinnern, hat er den großen Kladderadatsch prophezeit. Ein solcher wäre nur denkbar, wenn die größere Hälfte unsers Volkes proletarisiert und der Sozialdemokratie verfallen wäre. Bis jetzt hat diese aber erst ein Fünftel für sich gewonnen, und dieses Fünftel ist dem orthodoxen Marxisten Bebel noch viel zu viel. Damit rückt die „Expropriation der Expropriateure“ in eine unabsehbare Ferne und verliert die Zugkraft, Bebel's Buch wird in den Augen der Arbeiter eine Utopie wie andre Utopien, und wenn die Partei fortbestehen will, so kann sie nur nach Vollmars Programm als

demokratische Volkspartei fortbestehen. Dafür scheint sich denn auch der Vorwärts, d. h. Liebknecht, entscheiden zu wollen, selbstverständlich unter lebhaften Protesten gegen die „Unterstellung,“ daß damit das „Prinzip“ preisgegeben werde. Und Karl Rautsky, wohl der bedeutendste unter den deutschen Theoretikern der Sozialdemokratie, ist ehrlich genug, die Folgerungen einzusetzen, die sich für den Marxismus aus dem Umstande ergeben, daß seine Voraussetzungen, für Deutschland wenigstens, gar nicht zutreffen. In einem Kommentar zum Erfurter Programm spricht er es offen aus, daß das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden gerechtfertigt sei. Die Sozialdemokratie wolle ja das Eigentum gar nicht aufheben, sondern im Gegenteil denen wiedergeben, denen es gebühre, und nur weil bei der Kollektivproduktion Privateigentum der Arbeiter an den Produktionsmitteln nicht möglich sei, werde für die Industrie das Gesellschaftseigentum gefordert. In der Landwirtschaft dagegen, wo der kleine Einzelbetrieb möglich sei und ohne Beeinträchtigung des Ertrags auch in Zukunft möglich bleiben werde, verstehe sich das Privateigentum von selbst. Die Sozialdemokratie wolle überhaupt nicht expropriieren. „Die Kapitalisten sind es, die tatsächlich Bauern und Handwerker expropriieren; die sozialistische Gesellschaft macht dieser Expropriation ein Ende.“ Gegen diese Sätze wird zwar im Vorwärts polemisiert, unter anderm vom Genossen Ledebour, aber die Logik der Tatsachen wird auch diesen Widerstand besiegen.

Daß unter solchen Umständen ein neues Umsturzgesetz auf die Lohnarbeiter und Kleinbauern genau so wirken müßte, wie die Kulturkampfgesetze auf die durch das Vatikanum gespaltenen deutschen Katholiken gewirkt haben, ist ein so offen zu Tage liegender, sich mit solcher Zwangsgewalt aufdrängender Schluß, daß man beinahe Anstand nehmen muß, ihn in einer Wochenchrift für gebildete Leser anzusprechen, läuft er doch schon als Gemeinplatz in den Witzblättern um. Gewissen kämpfern „gegen den Umsturz“ ist diese Wendung höchst unbequem, und sie bemühen sich, zu beweisen, daß Vollmar viel, viel gefährlicher sei als Bebel. Damit haben sie ja von ihrem Standpunkte aus Recht. Einer Partei, die offen erklärt, daß sie den Staat umstürzen wolle, macht eine starke Regierung keine Zugeständnisse. Aber einer Volkspartei, die auf gesetzlichem Wege die Erhaltung der Volkskraft erstrebt, ist die Regierung entgegenzukommen verpflichtet, und das könnte sowohl die Dividenden vieler Aktionäre, wie das Jagdvergnügen großer Herren schmälern.

Schächten, Jagen und Boykotten. Judenfreunde pflegen den Deutschen, die nicht zu ihren Genossen gehören, den freundlichen Rat zu geben, sie möchten werden wie die Juden, dann hätten sie diese nicht mehr zu scheuen. Nun könnten wir gewiß von den Juden mancherlei nützliches lernen, vor allem ihr strammes Zusammenhalten, wo es sich um nationale Interessen, Gewohnheiten oder Vorurteile handelt. Recht deutlich zeigt sich das wieder bei Gelegenheit der Schächtfraße. Was geht die die „Aufgeklärten“ an, die über alle Religion erhaben sind, die die konfessionelle Schule hassen, und die weiblich höhnen würden, wenn eine andre Religionsgenossenschaft ähnliche Gebräuche hätte wie das Schächten, das Beschneiden u. s. w.? Hier aber kämpfen sie ritterlich „Schulter an Schulter“ mit ihren orthodoxen Stammesgenossen. So ließ die Frankfurter Zeitung, die doch nicht an „Vorurteilen“ leidet, im vorigen Jahre ihren Grimm an den als Republikaner ihr sonst so nahestehenden Schweizern aus und verlangte spöttisch, daß auch das Wild vor dem Schuß betäubt werden möge. Diesen geistreichen Einfall hat vor kurzem ein galizischer Rabbiner namens Bloch im österreichischen Ab-

geordnetenhaufe pathetisch breitgetreten. Die Frankfurterin wollte nur necken, er dagegen glaubte offenbar einen Redner, der wie jede andre Tierquälerei, z. B. die nutzlosen Distanzritte, auch das Schächten unter Strafe stellen wollte, gründlich abzuführen durch ein im parlamentarischen Leben allerdings sehr beliebtes Argument gegen unbequeme Reformen: Es giebt noch verschiedene Mißstände, allen können wir nicht auf einmal abhelfen, also lassen wir auch diesen bestehen! Im vorliegenden Falle hieß das: Weil ein auf der Jagd schlecht getroffenes Tier möglicherweise unter Schmerzen verenden muß, darf eine andre Tötungsart, die ohne Grausamkeit kaum auszuführen ist, nicht untersagt werden. Nun würde wohl jeder Verständige den Herren dankbar sein, wenn sie der Gesetzgebung Mittel an die Hand geben wollten, Übelständen beim Jagdwesen zu steuern, wir wenigstens hätten nichts dagegen, wenn der übermäßigen, den Feldbau beeinträchtigenden Ausbreitung von Jagdgründen Einhalt geboten, Jagdscheine nur solchen, die die Prüfung bestanden hätten, bewilligt würden u. dergl. m. Gänzlich abschaffen kann man die Jagd wohl nicht, weil dann das bekanntlich wohlschmeckende und gesunde, daher ohne Unterschied der Konfession beliebte Jagdwild uns selbst auffressen würde. Zu seinem eigentlichen Thema rief aber der Redner keinen Geringern zu Hilfe als — Windthorst! Über diesen ausgezeichneten Wortsechter steht wohl das Urteil fest, daß er, etwa anstatt seines Landsmanns Leonhardt, in die Reichsregierung berufen, sich ebenso leicht mit dem Welsentum wie mit Rom abgefunden haben würde. So aber war ihm jedes Mittel recht, um Bismarck in Verlegenheit zu setzen oder doch zu ärgern. Wenn er der Gesetzgebung das Recht der Einmischung überall bestritt, wo religiöse Meinungen ins Spiel kamen, so war er sich der Haltlosigkeit eines solchen Standpunkts ohne Zweifel völlig bewußt. Ob Herr Bloch wirklich meint, wenn ein Religionsstifter seinen Anhängern beföhle, alle Ungläubigen zu berauben, womöglich auszurotten, oder wenn es den Kannibalen heiliger Brauch sei, einander zu verspeisen, so dürfe keine Staatsgewalt störend eingreifen: das zu beurteilen, müssen wir Personen überlassen, die ihn besser kennen.

Sinnigerweise wurde mit der Schächtfreiheit das „verfassungsmäßige“ Recht der österreichischen Juden auf Anstellung im Staatsdienste in Verbindung gebracht. Einer klagte, daß man wider Recht und Gesetz jüdische Freiwillige im Offiziersexamen durchfallen lasse, ein anderer zieh das Ministerium der Verletzung des „Staatsgrundgesetzes,“ weil es nicht genug Juden anstelle, „die Juden boykotte.“ Das Durchfallen ist allerdings den Betroffenen, Christen wie Juden, sehr zuwider, und die meisten suchen die Schuld nicht bei sich, sondern bei den ungerechten Prüfern; zu überführen sind diese aber selten, und es scheint auch kein Fall vorzuliegen, wo die Prüfenden gesagt hätten: „Sie lassen wir durchfallen, weil Sie ein Jude sind,“ da in den uns vorliegenden Berichten nichts derart erwähnt ist. Oder sollte die österreichische Verfassung den Juden wirklich die Anstellung im Staatsdienst oder in der Armee bedingungslos gewährleisten? Das wäre allerdings auch ein Mittel zur Lösung der Judenfrage.

Berwunderliches genug begegnet uns in der That in dortigen Parlamentsberichten, sodaß niemand, der sich in den Zeitläuften zurechtfinden will, unterlassen sollte, sie zu lesen. Zur Verhandlung standen eben jetzt Gesetzesvorschläge gegen den Schwindel im Hausirwesen und bei den Warenausverkäufen. Da setzte ein „Baron“ aus einander, die Industrie werde schwer geschädigt werden, wenn man den Hausirern verbiete, auch an Sonntagen den Bauern Ausschußware zuzuführen. Die arme Industrie, die armen Bauern, die am Ende gar nicht mehr erfahren würden, was vor einigen Jahren in den Städten Mode gewesen ist! Ja die von jenen

uneigennütigen Vermittlern im Stiche gelassen, vielleicht selbst wieder solide Stoffe weben und walken müßten — ein Gedanke, bei dem einem Freunde des freien Spiels der Kräfte die Haare zu Berge stehen. Der Bauer ist ja dazu auf der Welt, um dem Hausirer Beschäftigung zu verschaffen, und der Hausirer, um die Industrie in Schwung zu erhalten: das muß doch jedem einleuchten. Nur keine Verbote und Strafen beschließen, die das solide — man beachte wohl, das solide Geschäft belästigen und abschrecken, von den Spitzbuben aber umgangen werden würden. Natürlich, wozu überhaupt Betrug und Diebstahl bestrafen, die Spitzbuben betrügen und stehlen ja doch weiter. Sehe jeder, wie ers treibe, sagt ein fortschrittlicher Volksvertreter, wer so „dumm“ ist, gute von Schundware nicht unterscheiden zu können, der verdient, betrogen zu werden. Wahrscheinlich würde der weise Thebaner auch den Handel mit Giften freigeben, weil sich der Gebildete auf Cyankali, Strychnin u. s. w. verstehen muß. Natürlich drehte sich die ganze Verhandlung hauptsächlich um die armen verfolgten Juden, die russische Kultur nach Westen tragen, das wurde von beiden Parteien zugestanden. Der oben genannte Herr Bloch wollte auch durch Zahlen die größere Moralität seines Stammes beweisen. Welchen Begriff muß der Mann von seinen parlamentarischen Kollegen haben, wenn er ihnen durch eine Statistik zu imponiren meint, die alle Gesetzesverletzungen ohne Unterschied in einen Topf wirft, Betrügereien und in der Leidenschaft oder im Rausche verübte Ausschreitungen u. s. w.! Dabei herrscht in Wien eine merkwürdige Empfindlichkeit. Übertreibungen wie gewöhnlich auf beiden Seiten: dem einen ist jeder Jude ohne Ausnahme ein Gauner, dem andern ein Wohlthäter der Menschheit; aber so oft ein Oppositionsredner das Wort Jude ausspricht, erteilt ihm der Präsident eine Nüge. Die ihm wiederholt entgegengehaltne Frage, ob denn dieses Wort beleidigend sei, scheint er bisher nicht beantwortet zu haben. Dagegen muß anerkannt werden, daß ein Redner für die Erklärung, er sei ein Christ und sei stolz darauf, nicht zur Ordnung gerufen wurde, obgleich darin eine Verletzung des religiösen Gefühls der Israeliten, Muhammedaner und Fetischambeter entdeckt werden könnte!



Schwarzes Bret

Eine sehr nette Sprache scheint in den Kreisen der Geflügelzüchter geführt zu werden. In der No. (!) 46 der „Rheinischen Blätter für Geflügelzucht“ werden „Wiener geganselte Dümmler“ beschrieben, auch findet sich dort eine „Mitteilung, betreffend die Vereinigung der Züchter gesperberter Italiener in Oberhausen,“ und ein Händler empfiehlt: „Mehlwürmer, groß, rein und reell, à Liter 4,50 M.“

Mara Ziegler hat ein Lustspiel geschrieben, das „Flirtan“ heißt. Kommen da nun die Berichterstatter und berichten uns von der „Flirtage“ oder von dem „Flirt“! Ja, die Franzosen haben schon vor vielen Jahren das englische flirt übernommen, und davon flirtor und flirtage gebildet; da war es denn allerdings hohe Zeit, daß wir Deutschen nicht zurück blieben!

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wily. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig